

Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,25 Mk. vierteljährlich, dazu Verschlaggeld 80 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg. die Wochenspaltzeile oder deren Raum. Kleinanzeigen 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Rückkunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 69

Freitag, den 21. März 1919

36. Jahrgang.

Die Zukunft Preußens.

Weimar, 20. März. In der gestrigen Beratung des Verfassungsausschusses über Artikel 15 der Reichsverfassung (Zusammenfassung kleinerer Einzelstaaten) erklärte Reichsminister Dr. Preuß eine solche Umgruppierung als unvernünftig. Die Frage sei, wie das bisherige Preußen in das neue Reich einzufügen sei. Für eine große Umgruppierung sei die öffentliche Meinung noch nicht stark genug. Artikel 15 sei daher als Programm aufzufassen.

Abg. Trimborn (Zentr.) beantragt, daß das deutsche Volk neue Volksstaaten von mindestens drei Millionen Einwohnern innerhalb des Reichs errichten könne, soweit Stammesart, wirtschaftliche Verhältnisse und geschichtliche Beziehungen dies nahelegten. Dazu bedürfte es einer Volksabstimmung in den betreffenden Landesteilen und der Bestätigung durch Reichsgesetz. Der Fortbestand Preußens bedeute die Vormachtstellung Preußens im Reich, und diese sei unmöglich.

Preuß. Justizminister Heine erklärt, der jetzige Zeitpunkt des Zusammenbruchs sei äußerst ungeeignet für große politische Experimente. Trimborn treibe sehr materielle Politik und wolle die Rheinlande abreißen, wie die Welfen Hannover. Die Nation verlassen das sinkende Schiff. Wenn der Westen nicht so eifrig seine Loslösung von Preußen betrieben hätte, wäre der Anreiz für das Ausland, diese Gebiete vom Reich zu trennen, geringer gewesen.

Reichsminister Dr. Preuß erklärt, neben der preußischen Vormacht über dem Aufgehen Preußens in Deutschland gäbe es keine dritte Möglichkeit. Ein Reichspräsident sei neben einem preußischen Präsidenten, der über vier Siebtel der Einwohner des Reichs gebietet, nicht lebensfähig. Wenn Preußen Militär und Eisenbahnen behalte, so sei das Reich verloren.

Mecklenb. Bevollmächtigter Lorenz erklärt, der vom Staatenausschuß gestrichene Satz würde Mecklenburg-Strelitz zwingen können, das Fürstentum Rügen abzutreten, das wäre eine unerträgliche Härte.

Braunschweig. Bevollmächtigter Bodau wandle sich, auch für Anhalt, gegen die Bestimmung, daß Staaten unter einer Million Einwohner nach drei Jahren das Stimmrecht im Reichsrat verlieren sollten.

Ein Deutscher

Von Otto Ruppel.

Der alte Frost schien angenehm von dem Gedanken berührt zu sein, und so war er jetzt schon fast zum Familiengliede geworden.

Als er den Violintasten öffnete, blühte ihm, unter die Saiten des Instrumentes geschoben, ein zierliches Briefchen entgegen. Er entfaltete es rasch und las:

„Bruder Max!

Nach einmal einen herzlichen Gruß von der Schwester. Ich empfang Deine Absagebrief mit recht gemischten Empfindungen, aber es ist wohl besser so, daß wir unsere Wege nicht aufs neue vereinigen — wenigstens besser für mich, die jetzt so glücklich und zufrieden ist, als sie es nur jemals zu werden erwartete. Laß uns also Abschied von einander nehmen, und folle uns das Leben je wieder einmal zusammen führen, so möge das von der Not hervorgerufene Geschwister-Verhältnis aus unserer Erinnerung gestrichen sein — meinerseits glaube ich dies Mr. Fousriede zu schulden, und Dir kann ja am wenigsten an einer Vertraulichkeit gelegen sein, die nur Deinem edelmütigen Herzen entsprungen war.

So lebe denn wohl, Max, werde so glücklich als Du es verdienst, sei zum letzten Male gegrüßt und geküßt, und vergiß die Zeit, die trotz all ihrer Not doch eine so glückliche für mich war. Mathilde.“

Reichardt blühte die ganze Weile sinnend in die Zeiten, er brachte den geschwundenen Tagen ein kurzes Totenopfer. Dann aber rief den Kopf hebend und mit hellen Augen vor sich, wie in eine sichtbare, sonnenbeglänzte Zukunft blickend, griff er nach seiner Weige, alles, was in ihm lebte, in der so lange entbehrten Zweisprache mit den Klängen des Instruments ausströmend, und erst nach geraumer Zeit suchte er sein Bett auf

Abg. Kakenstein (Soz.) will die beiden großen Gebiete, Preußen und Bayern, dem Interesse des Reichsgesetzes opfern.

Abg. Dr. Desbœuf (D. Nat.): Es läuft immer darauf hinaus: Preußen soll abgeben; die kleineren Staaten wollen mehr haben. Die wirtschaftliche Bedeutung eines großen Preußens für das Reich, seine hohen kulturellen Leistungen waren nur in einem wirtschaftlich kräftigen Staat möglich. Das Reich wird durch Kompetenzkonflikte nicht stärker.

Der oldenburgische Geandte von Eucken-Abdenhauen erklärte, für die durch die Abgeordneten Trimborn und Heine geäußerten Wünsche über den Anschluß von Oldenburg an die Weimarer Republik sei im Oldenburgischen Land keine Stimmung vorhanden. Als ältestes Mitglied des Bundesrats und Staatenausschusses müsse er bezeugen, daß die preussische Regierung im Bundesrat niemals ihre Macht mißbraucht habe, vielmehr habe jeder einzelstaatliche Wunsch bei der preussischen Regierung warmerzige Aufnahme gefunden und Preußen habe es unter schweren eigenen Opfern stets zu behandeln, wie es irgend möglich gewesen sei. In vordemmer Weise habe die preussische Regierung im Bundesrat mit ihren Sympathien immer auf Seiten des schwächeren Teils gestanden.

Erzberger über den Völkerbund.

Am 16. März hielt Reichsminister Erzberger in einer Versammlung der Deutschen Liga für den Völkerbund im Herrenhaus in Berlin eine bedeutende Rede, die auch in Paris Aufmerksamkeit erregt haben dürfte. Der Wahnsinn des Bolschewismus, so führte er aus, bedroht die ganze Welt. Das einzige Mittel, ihm Einhalt zu tun, ist, daß die Alliierten ihre Gewaltpolitik einstellen. Das deutsche Volk hatte auf den von Wilson versprochenen Rechtsfrieden gebaut. Aber der Völkerbundentwurf vom 14. Februar ist ein Dokument der Herrschsucht und der Ausbeutung Deutschlands eine Verleumdung unseres Volks, und eine Schmähung ist der in jenem Entwurf vorgesehene Raub unserer Kolonien. Deutschland ist mit einer unbeeinträchtigten Zustimmung der Alliierten Vorhänger über ihre künftige Zugehörigkeit einverstanden, verwahrt sich aber gegen die gewalttätige Annexion durch Frankreich. Die Absichten der Polen auf die deutsche Stadt

Danzig sind geradezu ein Verbrechen. Die Feinde haben seit dem Friedensangebot des Kaisers vom 12. Dezember 1918 jedes weitere Angebot zurückgewiesen und so Deutschland zur Fortsetzung des Kriegs gezwungen, sie haben also kein Recht, Schadenersatz für die Zeit nach jenem 12. Dezember zu fordern. Nur ein Friede, der auf der Gerechtigkeit ruht, und ein Völkerbund, der alle Völker umschließt, kann lebensfähig sein. Weder die deutsche Nationalversammlung noch die Regierung sind befugt, einem Frieden zuzustimmen, der über die 14 Punkte Wilsons hinausgeht. Wollen die Verbündeten die Grundlage der 14 Punkte verlassen, so muß eine Volksabstimmung die Entscheidung herbeiführen. Wie sie ausfallen würde, ist nicht zweifelhaft. Das deutsche Volk hat schwere Opfer gebracht, aber seine Ehre wird es nicht opfern. Das deutsche Volk ruft daher das Gewissen der Verbündeten an. Es will keinen Herrscherplatz unter den Völkern, aber jeden gleichberechtigten Platz, den ihm Wilson in seiner Rede vom 18. Januar 1918 zugesichert hat.

Geldflüssigkeit und Spartassenzinssuß.

Die „Spartasse“, das amtliche Organ des deutschen Spartassenverbandes, schreibt: Die Geldflüssigkeit hat einen solchen Umfang angenommen, daß es bald nicht mehr leicht sein wird, lohnende Anlagen zu finden. Die Frage drängt, ob der Zinssuß für Depositen- und Spareinlagen noch lange auf der jetzigen Höhe gehalten werden kann. Die Banken in Berlin haben bereits eine namhafte Ermäßigung eintreten lassen. Die Provinzialbanken, besonders im Westen, wünschen dasselbe zu tun, fürchten aber eine Benachteiligung, wenn nicht gleichzeitig die Spartassen ihre Zinssätze erniedrigen. Die Spartassen in Wien haben bereits eine Herabsetzung des Spareinlagenzinsfußes eintreten lassen; im südbayrischen Spartassenverband wird ähnliches erwogen. Unserer Ansicht nach sind die jetzigen Zinssätze der Spartassen im Depositenverkehr nicht mehr zeitgemäß. Ein Herabgehen um 1/2 Prozent sowohl für tägliches Geld als auch für Termingeld halten wir für geboten, der etwa entsprechende Anfall kann nur unbedeutend sein, da die Banken dem Beispiel sofort folgen werden. Die Spartassen sollten nicht wägen, bis allersteren Hut gebracht sind, sondern sich schnellstens mit den Nachbarpartassen einigen. Schwieriger liegen die Verhältnisse für den Zinssuß der Spareinlagen. Es macht große technische Schwierigkeiten, während des Jahres den

Vier Wochen waren verstrichen, für Reichardt wie ein langer, heller Frühlingstag. Der alte Frost hatte mit jedem Tage mehr die unsichtbare Schranke, die ihn trotz allen Wohlwollens von seinem Untergebenen trennte, fallen lassen und hielt den jungen Mann über den größten Teil des Abends fest, sich in Gespräche über die verschiedensten Angelegenheiten des öffentlichen und persönlichen Lebens mit ihm vertiefend, oder sich besinnend in den Lebensstübli streckend, zu einer musikalischen Unterhaltung ermunternd. Mit einer ganz eigentümlichen Befriedigung hatte Reichardt schon am zweiten Abend nach seinem Eintritt in die Familie in Margaret eine wackelige Klavierpielerlein entdeckt, und am dritten Tage war seine Violine nach Frost's Hause gewandert, wo sie von da ab ihren bleibenden Aufenthalt auf dem Klavier fand. Trotz dieses engen Beisammenlebens aber war Margaret Reichardt äußerlich noch nicht nur einen Zoll breit näher getreten, und nur ein innerliches gegenseitiges Verständnis schien ihrem Umgange mit jedem Tage eine größere Freiheit und Sicherheit zu geben; selbst als in der dritten und vierten Woche verschiedene Bass-Einladungen aus angesehenen Familien für Reichardt eintrafen, und er, eine neue Bruderrolle übernehmend, oft allein an Margaret's Seite seinen Eintritt in die Gesellschaft machte, änderte sich dieses Verhältnis nicht, in dessen Reinheit er sich glücklich fühlte. Meinte er doch mit jedem Tage unvorhoffener in des Mädchens Auge zu sein, was ihm Worte nur hätten sagen können.

Da wurde ihm eines Morgens ein Brief von John von der Post gebracht. Einige Mal hatte er schon durch des alten Frost's oder Margaret's Vermittelung Grüße von dem Abwesenden erhalten, und mit eigener Bestätigung über diese direkte Zuschrift beseligte er den Umschlag. Er las:

„Liebster Freund!

Wir sind hier auf diesem prächtigen Stück Erde, das mir recht wohl gefallen könnte, wenn ich eben kein Neunorcker Kind wäre, bald ... habe mir — das

heißt zuerst der alte Mr. Burton, der einen Teil seiner Besitzungen bereits verkauft hat, und den Rest verkaufen lassen will, bis sich ein weiterer Käufer findet: sodann Harriet und ich, von welchen Harriet sich weiter unten reden werde. Sie sind, wie ich durch Harriet weiß, mit den Vorfällen in der Familie bekannt, und so erzähle ich Ihnen denn, daß Curry während der Nacht durch Burton selbst aus dem Gefängnis von dessen sanfterem Weibe geholt, von einigen handfesteren Regern festgehalten und dann durch den Sheriff nach dem Gefängnis gebracht worden ist. Kaum war aber die Sache rufbar geworden, als sich auch ein Postgericht bildete, um den Straftat in die eigene Hand zu nehmen; der Sheriff erklärt ein rasches Angebot an ein besseres Bürger, aber erst als das Gefängnis bereits gestürmt und Curry in den Händen des Volks, gefangen ist, ihn habtöt der kurzen Exekution am nächsten Baume zu entziehen. Jetzt sitzt er in Raffville hinter Schloß und Riegel und sieht dem Buchstabe entgegen. Mrs. Burton hat sich über die ersten Schwierigkeiten durch Dummheiten jorthellen wollen, der alte Herr aber hat noch dieselbe Nacht ihre sämtlichen Sachen packen lassen und sie selbst am Morgen mit der Postkutsche zu ihren Verwandten geschickt. Der Scheidungsprozess ist bereits eingeleitet, und die Entscheidung wird schnell erfolgen.

Als wir hier ankamen, war freilich der Gemütszustand des alten Gentleman nicht eben der brillanteste, er hatte, seit er am Tage der Vorfälle von seinem Rechtsanwalt gekommen, keinen Schritt wieder aus dem Hause getan, und als ich in der ersten Pausen ihm den Vorschlag machte, mir Harriet zur Frau zu geben und mit uns nach New York übersiedeln, schien ich seinen Wünschen entgegen zu kommen. Er ist schneller auf meine Ideen eingegangen, als ich gehofft hatte, und was ein unermüdlicher Neunorcker zur Verwirklichung tun konnte, das habe ich getan.

Zinsfuß zu ändern. Allerdings gilt das nur für den „normalen“ Zinsfuß. Den „außerordentlichen“ Zinsfuß für Einlagen auf längere Zeit usw. kann man jederzeit ändern, wenigstens für die neuen Zugänge. Man kann auch mit der Gewährung „außerordentlicher“ Zinsen aufhören. Die Kapitalien werden trotzdem zur Sparkasse kommen. Man muß sich mit dem niedrigeren Satz begnügen.

Neues vom Tage.

Berlin, 19. März. In der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes werden Journalisten mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen. Außer dem Haupt-Redakteur der „Berliner Morgenpost“ Cuno wird der Mehrheitssozialist Paul Kampfmeyer („Münchener Post“) und Dr. Federn in die Nachrichtenabteilung einbezogen.

Enteignung der Betriebe durch Gemeinden.

Berlin, 19. März. Der Sozialisierungsausschuß hat der Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes betr. die Uebernahme von Wirtschaftsbetrieben durch Gemeinden überreicht. Die Ausübung dieses Rechts soll an die Genehmigung der Landeszentralbehörden geknüpft sein, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern. Solange die Regelung durch das Reich noch aussteht, soll das Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden. Die Reichsregierung soll bestimmen, ob und in welcher Form die Bundesstaaten selbst die Monopolrechte der Gemeinden an sich ziehen wollen.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 20. März. Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Posen sind abgebrochen worden. In Bezug auf die militärischen Fragen wurde eine Einigung erzielt, dagegen war es nicht möglich, in den Gebietsfragen zu einer Verständigung zu gelangen, da die von polnischer Seite erhobenen Forderungen weit über das Maß dessen hinausgehen, was das Kabinett in seiner letzten Sitzung als das Höchstmäß der deutschen Konzessionen bezeichnet hatte.

Keine unnötigen Pensionen.

Berlin, 20. März. Der „Vorwärts“ wendet sich dagegen, daß jemand, der wenige Wochen Unterstaatssekretär gewesen ist, zeitlebens eine hohe Pension erhalten solle, ohne zuvor Beamter gewesen zu sein oder etwa durch lange Staatsdienstzeit einen Pensionsanspruch erworben zu haben.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 20. März. In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde der Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die die Ursachen und den Verlauf der Berliner Unruhen schlichten soll, einstimmig angenommen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 19. März. General v. Hammerstein erhob Einspruch dagegen, daß die Gegner während der letzten Zeit Forderungen an Deutschland in der Weise übermittelten, daß kurzerhand eine Entscheidung der alliierten Regierungen in der betreffenden Frage mitgeteilt wurde.

Der verbündeten Kommission wurde eine Note der deutschen Reichsregierung überreicht, die um Auskunft ersucht über Neußerungen, die nach übereinstimmenden Blättermeldungen Lloyd George und der französische Minister Pichon getan haben sollten, daß nämlich Deutschland die Bedingungen des Vorfriedens einfach anzunehmen und kein Recht habe, darüber zu verhandeln oder Veränderungen vorzunehmen und daß der Zeitpunkt der Einberufung der deutschen Bevollmächtigten von der inneren Lage Deutschlands abhängt. Es wird gefragt, ob die feindlichen Mächte nach diesen Meldungen zu erfahren gedenken.

Widerstand der Seeleute.

Hamburg, 20. März. Eine Versammlung des Deutschen Seemannsbundes beschloß, die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte zu verweigern und allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zu rufen, keine Arbeit auf den Schiffen zu tun. Zwei Schiffe, die gemäß dem Brüsseler Abkommen auslaufen sollten, die „Lampy“ und „Bürgermeister von Halle“ und „Bürgermeister Schröder“ sind an der Ausfahrt verhindert worden.

Der Verband deutscher Seeschiffer-Bereine, der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, der Verband deutscher Schiffingenieur, der Verband technischer Schiffsoffiziere erklärt, daß die Kapitäne und Schiffsoffiziere jederzeit bereit sind, im Interesse der gesicherten Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes unsere Schiffe im Sinne des Brüsseler Abkommens zu besetzen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband, Abteilung Seeleute, verbreitete ein Flugblatt, in dem er sich gegen den Beschluß der Hamburger Seeleute wendet.

Hamburg, 20. März. Zwischen dem deutschen Meeresverband und dem Transportarbeiterverband ist ein neuer Lohnvertrag vereinbart worden. Die Quertreibereien der Radikalen, die durch eine Lohnforderung von 100 Prozent das Abkommen vereiteln wollten, würden nicht nur das ganze Volk aufs schwerste schädigen, sondern auch die Seeleute der Gefahr aussetzen, daß sie von den Verbänden von ihren Schiffen heruntergeholt würden.

Unsere Tauchboote.

Hamburg, 20. März. Gestern sind weitere 10 Tauchboote aus dem Hafen ausgelaufen, um der Entente übergeben zu werden.

Der Krieg im Osten.

Liban, 19. März. Der Regierungssitz der ukrainischen Sowjetrepublik ist am 15. März von Charlow nach Kiew verlegt worden.

Posen, 20. März. Der ehemalige polnische Reichstagsabgeordnete Seyda erklärte, eine nach Osten geleitete Unternehmung des polnischen Heeres könne die Anerkennung, ja sogar Dankbarkeit der Verbündeten finden.

Warschau, 20. März. (Havas.) In Litauen wurden bolschewistische Angriffe abgewiesen. Die Bahnlinie Belfer-Kawa-Rupla wurde gegen Angriffe behauptet.

Gegen die Abschaffung des Adels.

München, 20. März. Der dem Abgeordnete Dr. Cuidde wendet sich in den „M. N. N.“ scharf gegen die von der neuen Regierung in Bayern beschlossene Abschaffung des Adelstitels. Er nennt den Beschluß eine kindische Gleichmacherei und empfindende Vergewaltigung der betroffenen Familien. Zudem könnte ein einzelner Bundesstaat die Abschaffung praktisch nicht durchführen.

Kaiser Karl zieht in die Schweiz.

Wien, 20. März. Kaiser Karl ließ der deutsch-österreichischen Regierung die Mitteilung zugehen, er werde demnächst mit seiner Familie in die Schweiz überfließen, nachdem die Schweiz ihre Zustimmung erteilt habe.

Die deutsch-österreichische Regierung hält es im Interesse der Republik und der persönlichen Sicherheit des Kaisers für wünschenswert, daß der frühere Kaiser seinen Aufenthalt im Ausland nimmt. Es wird dafür Sorge getragen, daß dieser Aufenthalt von niemanden zur Verhinderung von Wertes ins Ausland mitgebracht werden kann.

Wien, 20. März. (Korr.-Bur.) Die deutsch-böhmische Landesregierung legte bei allen auswärtigen Regierungen gegen die Verordnung der tschecho-slovakischen Regierung betr. Anmeldeung ehemaliger österreichischer Offiziere und Unteroffiziere in die tschechische Armee Verwahrung ein.

Tschechischer Boykott.

Wien, 20. März. In der tschechischen Presse, in Versammlungen und Vorträgen wird unanhaltlich zum Boykott der Deutschen aufgefordert.

Unruhen in Kroatien.

Zugard, 20. März. Trotz der Bemühungen der serbischen Regierung, die Ordnung in Kroatien wiederherzustellen, bleibt die Lage in ganz Kroatien überaus ernst. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Revolution vor der Tür steht. Die kroatische Landbevölkerung ist erregt über die letzten Befehle betreffend der Güterverteilung, weil sie sich dadurch der Welt für die beurlaubten Soldaten ausgesetzt sieht. Aus allen Industriezentren des Landes laufen beunruhigende Nachrichten ein.

Quertreibereien gegen den Anschluß Österreichs.

Paris, 20. März. Nach dem „Petit Parisien“ will die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutsch-Österreich wieder aufnehmen. Diese Wiederanbahnung der „freundschaftlichen Beziehungen“ ist natürlich darauf angelegt, den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland zu hintertreiben. (D. Schr.)

Von der Friedenskonferenz.

London, 20. März. „Daily Mail“ meldet aus Paris: In der Sitzung der Alliierten-Konferenz am 17. März wurde der Vorlesung angenommen. Die Einladung nach Deutschland ist unterwegs.

Amsterdam, 20. März. Dem „Telegraaf“ zufolge wird die Unterzeichnung des Vorfriedens im Spiegelssaal von Versailles stattfinden. (Im gleichen Saal fand am 18. Januar 1871 die Proklamation des deutschen Kaisers statt.)

Paris, 20. März. Die Presse verrät ein zunehmendes Mißbehagen über das langsame Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz. — Der „Temps“ verlangt, entweder müsse man den preussischen Staat auflösen, oder, wenn man ihn bestehen lasse, müssen gewisse Teile vom Deutschen Reich losgelöst werden.

Paris, 20. März. (Havas.) Die luxemburgische Regierung erucht die Entente, sich dafür zu verwenden, daß Deutschland das während der Belagerung in Luxemburg veranschaffte deutsche Geld zum Marktvon 1,25 wieder zurückzieht. Deutschland möge ferner durch den Friedensvertrag zur Vergütung des infolge der Belagerung und der kriegerischen Ereignisse entstandenen Schadens verpflichtet werden, desgleichen zur Entschädigung der willkürlich und widerrechtlich verhafteten luxemburgischen Staatsangehörigen sowie zur Bezahlung der Requisitionen.

Paris, 20. März. „Journal des Debats“ meldet: Die französischen Handelskammern haben eine Entschliessung angenommen, die sich für eine Sperrung des Handelsverkehrs mit Deutschland für die ersten zwei Jahre nach Friedensschluß ausspricht.

Christlicher Arbeiterkongress.

Luzern, 19. März. Der in Luzern tagende christliche Arbeiterkongress faßte eine Entschliessung, in der auf eine sofortige Lösung der Ernährungsfrage für die hungernden Länder, die Freilassung der Gefangenen und die Lieferung von Rohstoffen zur Beschäftigung der arbeitslosen Massen hingewiesen wurde. Die Entschliessung wurde der Friedenskonferenz in Paris übermittelt.

Ernte Lage in England.

London, 20. März. Der „Times“ zufolge ist die Lage der Baumwollspinnereien in Lancashire kritisch. Ungefähr 60 Prozent der Arbeiter sind ohne Arbeit. Dies wird der großen Steigerung der Löhne zugeschrieben, die Lancashire den Wettbewerb unmöglich machen. In einigen Kreisen befürwortet man auch für die Baumwollspinnereien in Lancashire die Verstaatlichung. Die „Times“ hält die Lage für umso bedrohlicher, als England nicht mehr der Weltverleiher der Welt ist.

Ein neues Blatt in Wien.

Wien, 20. März. Der Verlag des „Fremdenblatts“ teilt mit, daß am 23. März ein neues Blatt „Der Neue Tag“, auf moderner demokratischer Grundlage stehend, erscheinen werde, während das „Fremdenblatt“ sein Erscheinen einstelle.

Hamburg, 20. März. Die Versammlung des Seemannsbundes war auch von vielen Nichtseelenten besucht. Tatsächlich sind viele Mitglieder des Seemannsbundes zur Ausfahrt bereit. Verhandlungen mit dem Seemannsbund sind eingeleitet.

Baden.

Badische Nationalversammlung.

(-) **Karlsruhe, 19. März.** (Das Verfassungsgericht in der bad. Nationalversammlung.) Heute nachmittags begann die bad. Nationalversammlung mit der Beratung des neuen badischen Verfassungsgesetzes. Da Hans stand unter besonderem militärischem Schutz. Abg. Dr. Behner (Z.) erstattete den Bericht und betonte, daß in dem Geleit besonders deutlich zum Ausdruck komme, daß Baden nach wie vor ein selbständiger Bundesstaat im Reich bleiben werde, mit eigenen staatlichen Aufgaben und mit eigener Finanzwirtschaft. Die Veränderung in Baden sei selbst verwaltet, bedeute keine Abgabe an den Gedanken der Einheit des Reiches. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das badische Volk die ihm durch die neue Verfassung in die Hand gelegte schrankenlose Macht weise benutzen werde. Abg. Dr. Dieß (Soz.) erklärte die soz. Fraktion werde dem Verfassungswerk zustimmen, weil darin die politischen und demokratischen Erzeugnisse der Revolution in solchem Umfange gesichert seien, daß auch für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens Raum gegeben wäre. Von der neuen Regierung erhofft die Sozialdemokratie die baldige Zuangriffnahme der wirtschaftlichen Revolution. Nach 8 Uhr wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.

(-) **Karlsruhe, 20. März.** In der heute vormittag fortgesetzten Aussprache über das Verfassungsgezet erklärte Dr. Glöckner (Dem.), seine Fraktion werde dem Verfassungsentwurf in seiner heutigen Fassung zustimmen, wenn auch manchen Mitgliedern der endgültige Verzicht auf die monarchische Staatsform nicht leicht gefallen sei. Dem Großherzog und der Großherzogin Luise werde das badische Volk jederzeit ein dankbares Gedenken weihen. — Abg. Mayer-Karlsruhe (D.) besprach die heute herrschenden Zustände und widmete den verstorbenen alten Staaten ein Dankeswort. In der neuen Verfassung können die deutschen Staaten keinen wesentlichen Fortschritt gewinnen. Der § 19 der Verfassung sei unbefriedigend.

Abg. Wittmann (Z.) führte aus, das neue Verfassungsgezet werde den Wünschen des Zentrums in mancherlei Hinsicht gerecht, aber das neue Werk habe auch viele Mängel und Lücken, an denen man sich stoße. Von der Militärkonvention mit Preußen wolle man in beiden Ländern nichts mehr wissen. Eingehend besaß sich der Redner mit dem § 19, dessen Fassung das Zentrum befriedigen könne und bedauert, daß die Klosterschulen aufgehoben wurden. — Die Fortsetzung der Beratung wurde auf nachmittags vertagt.

(-) **Heidelberg, 20. März.** Hier ist ein Fall von schwarzen Blattern festgestellt worden. Man nimmt an, daß die Krankheit durch alte Kleider übertragen wurde.

(-) **Wetzheim, 20. März.** Die gesamte Zahl der Typhuskranken ist jetzt auf 1400 gestiegen. 22 Personen, darunter der Besitzer der Adlerapotheke Berthold Zutter, sind der Seuche erlegen.

(-) **Wilsdringen b. Osnabrück, 20. März.** Bei Entleerung der Bahnhofaborte wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden.

(-) **Serreus, 20. März.** (Besitzwechsel.) Das weithin bekannte Hotel und Badeanstalt Hummelburg ist für 215.500 M. in den Besitz des badischen Landesverbands für innere Mission übergegangen.

(-) **Uelshagen b. Osnabrück, 20. März.** Von den hiesigen Bewohnern wurde schon mehrfach beobachtet, daß französische Offiziere in den Jagdgebieten der besetzten Gebiete auf die Jagd gehen. Am Dienstag abend fand ein hiesiger Einwohner im Uelshagen Felde einen franz. Offizier in schlechtem Zustand. Es stellte sich heraus, daß, als der Offizier einem angeheulenden Reh vollends den Karas machen wollte, sich die Schußwaffe entladet und den Franzosen in den Oberschenkel getroffen hat. Ein von dem Unfall benachrichtigter franz. Posten sorgte für den Verletzten. Der Uelshagen Bürger erhielt eines der erlegten Rehe als Belohnung.

Die hiesigen Landwirte haben einstimmig beschlossen, ihre Kartoffeln nicht mehr an den Kommunalverband, sondern direkt an die Verbraucher zu verkaufen. Von ihrem Beschluß haben sie auch dem Bezirksamt Mitteilung gemacht.

(-) **Willingen, 20. März.** In einer gemeinsamen Erklärung der Zentrumspartei, der Demokratischen Partei, der Deutsch-nationalen Volkspartei, der Christlichen Gewerkschaften des Eisenbahnerverbandes, des Bad. Beamten- und Lehrervereins, des Bauernvereins, der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften und des Grund- und Hausbesitzervereins wird Protest erhoben gegen das Vorgehen gegen den Redakteur Fehre und gegen die Beschuldigungen gegen Bürgermeister Lohmann und Gemeinderat Heidingen.

(-) **Müllheim, 20. März.** (Zur Lage des badischen Weinbaus.) Der Oberbadische Weinbauverein hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. In dieser Versammlung machte Dr. Müller bemerkenswerte Ausführungen über die Lage des Weinbaus in Baden. Der Redner wies auf den starken Rückgang der Rebfläche in Baden hin, eine Folge der verheerenden Wirkung der Blattfallkrankheit. Durch den mutmaßlichen Ausfall vom Elsaß als deutsches Weingebiet sei es für Baden eine Hauptaufgabe, die Weinproduktion

möglichst zu erhöhen. Die frühere Regierung habe für den Weinbau wenig Unterstützung und Förderung übrig gelassen und doch zeige das Weinjahr 1918, daß der Weinbau ganz beträchtliche Summen einbringe. Dr. Müller schätzt die Erträge des vergangenen Jahres auf 120 Millionen Mark. Er wünscht Zusammenfassung der einschlägigen Regierungs- und Ausführungsgremien unter eine einheitliche Leitung, Erziehung eines wissenschaftlichen Weinbauinstituts in Freiburg und Weinbauhöfen an verschiedenen Plätzen der bad. Weinbaugebiete. Es sei auf die neue Regierung einzuwirken, daß zukünftig in Weinbauangelegenheiten nur badische Interessen gefördert würden. In der Markgrafschaft bestünde hauptsächlich ein großes Bedürfnis nach einer Hebe, die viel Wein liefere. Um mehr Einfluss zu bekommen, wäre ein Zusammenschluß aller bad. Weinbauvereine einzuwirken.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 20. März. (Zur Beachtung Lebensmittelarten an neu zuziehende Personen wird nur dann ausgegeben, wenn außer der Abwesenheitsbescheinigung aus der Lebensmittelversorgung des bisherigen Wohnorts eine Erlaubnis des Stuttgarter Wohnungsamts zum Zuzug nach Stuttgart vorgelegt werden kann. Dem Wohnungsamt ist nachzuweisen, daß ein dringender beruflicher oder sonstiger Anlass besteht, in Stuttgart Wohnung zu nehmen. Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers und dergleichen. Die Anmeldung kenzuziehender zur Lebensmittelversorgung hat ausschließlich beim Stadt. Lebensmittelamt (Lindenstr. 8, Erdgeschoss) zu erfolgen.

(-) Stuttgart, 20. März. (Wohnungsnot.) Im Monat Februar suchten in hiesigen Gasthöfen 22.126, in privaten Wohnungen 7081 Personen Unterkunft, das sind 20 bzw. 127 Prozent mehr als im Vorjahr. Durch diese Zuziehenden wird der Ernährungs- und Wohnungsmarkt besonders ungünstig beeinflusst und die Polizei ist bemüht, den unerwünschten Zuzug nach Möglichkeit fern zu halten. Die Gasthöfe werden von den länger als 14 Tage sich aufhaltenden Fremden zuwangsweise geräumt.

(-) Stuttgart, 20. März. (Die Nacht des Gewissens.) Die Kasse des hiesigen Hauptsteueramts bestaunt die Empfang von 2000 Mk. in Kriegsanleihe als „Nachvergütung in einer Steuerangelegenheit“ von einer unbekanntem Person.

(-) Heilbronn, 20. März. (Streik.) Die hiesigen Schneider sind wegen Lohnunterschieden am Montag in den Streik getreten.

(-) Ulmangen, 20. März. (Pferdemarkt.) Dem gestrigen Pferdemarkt waren rund 200 Pferde zugeführt, meist kleinen Schlags. Die Preise liegen gewaltig. Kohlen wurden um 4000 Mk., ältere Arbeitspferde zum doppelten Preis, jüngere mittelaltere Arbeitspferde zu 5-7000 Mk. und jüngere Arbeitspferde zu noch höheren Preisen abgeleitet.

(-) Baihingen a. G., 20. März. (Generalstreik.) Heute früh wurde hier die Arbeiterschaft zu einer Kundgebung wegen der Lebensmittelversorgung aufgefordert, der sich auch die ganze Arbeiterchaft anschloß. Unter Borantragung einer roten Fahne bewegte sich der Zug zum Oberamt, wo die Forderungen der Arbeiter öffentlich verlesen und dann durch eine Abordnung in Abwesenheit des Oberamtmanns dem Oberamtssekretär mit 24-stündiger Fristsetzung übergeben wurden. Darauf wurden die Forderungen auch dem Stadtschultheißen befristet zugeleitet.

(-) Baihingen a. G., 20. März. (Besitzwechsel.) Das Andenken zum „Reichsadler“ ist um 82000 Mk. in den Besitz der Herren Woyteler und Hartmann übergegangen, die eine Konserven-, Wärmeladepulver und Futtermittelfabrik einrichten werden.

(-) Pöbenzell, 20. März. (Volkschulschule.) Trotz der großen Schwierigkeiten, die durch die Weltlage geschaffen waren, hat der Verein für ländliche Volkschulschulwesen ersten Volkshochschullurs glücklich zu Ende führen können. Die am 14. ds. Mts. in dem schönen Heim in Pöbenzell abgehaltene Schlußfeier überzeugte die Anwesenden, daß die Erwartungen erfüllt, in mancher Hinsicht übertraffen wurden. Die nachfolgenden wurden beim Abschied ermahnt, das Gewonnene am dem Kamp, an den das Leben sie gewöhnt, anzuwenden. Eine Verbindung der Schulfreier untereinander und mit dem Heim soll durch eine besondere Beilage der „Schwäbischen Heimat“ aufrecht erhalten werden. Als äußeres Zeichen erhalten die Schulfreier eine von einem edlen Spender gewidmete Brosche, sowie ein Erinnerungsbuch, das jeder Schulfreier beim Abschied übergeben wurde. Der nächste Volkshochschullurs beginnt am 7. April. Die Plätze für diesen, sowie für den nächsten Winter abzuhaltenden Kurs sind alle vergeben.

(-) Herrnsalb, 20. März. (Besitzwechsel.) Das weltlich bekannte Hotel und Badeanstalt Hummelsburg ist um 215500 Mk. in den Besitz des Wäbischen Landesverbandes für innere Mission übergegangen.

(-) Horb, 20. März. (Viehmarkt.) Wie groß der Viehmangel gegenwärtig ist, zeigte am besten der gestrige Auktions- und Viehmarkt. Der Zutrieb bestand aus einer einzigen Kuh.

(-) Schramberg, 20. März. (Vaugenoffen-schaft.) Auf Veranlassung des freien Gewerkschaftsrates wurde hier eine Vaugenoffenschaft für Kleinwohn-häuser gegründet.

(-) Tailsingen, 20. März. (Erwisch.) Einer der Tische, die in der Nacht zum 14. März den Einbruchs-diebstahl bei der Firma Biber und Vorch aufwühlten, ist in der Person der Jakob Friedrich Fröhlich, der schon wiederholt wegen Diebstahls verurteilt ist, in Tailsingen verhaftet worden. Bis jetzt konnte man 30 Stück Trielohenden und etwas Faden von ihm herausbekommen.

Handel und Verkehr.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins vom 11. bis 17. März 1919.

Das Reichsernährungsministerium hat dem Deutschen Landwirtschaftsrat auf seine Eingabe betreffs Erhöhung der Halterration für Pferde mit Rücksicht auf die Frühjahrsernte mitgeteilt, daß die Lage der Haulterrationverföhrung eine Erhöhung der Halterrationen, für Pferde auf 5 Pfund vorläufig nicht zuläßt. Auch der verminderte Haulterbedarf der Heeresverwaltung hat die Lage der Haulterrationverföhrung nicht wesentlich verbessert; vielmehr sind nach den bisherigen Feststellungen noch einmal die genügenden Haultermengen zur Bewährung der geföhrlich zuzubilligsten Halterrationen geföhrert, ganz abgesehen davon, daß der Kohlenbedarf der Haulter-mittel-fabriken noch nicht annähernd gedeckt ist.

In der Schweiz sind für den Monat März folgende Rationen für die Person festgesetzt: Vollkorn - 300 Gramm im Tag, feiner Vollkorn - 518 Gramm, Zucker - 600 Gramm, Reis - 800 Gramm, Maisgrieß - 600 Gramm, Feinmehl - 600 Gramm, Kaffee - 250 Gramm mit Supplement von 125 Gramm, Roggelmehl und Speiseöl - 600 Gramm, sowie Butter - 100 Gramm im Monat.

Ueber Schweden wird mitgeteilt, daß Rußland beabsichtigt, für 20 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen in Amerika zu kaufen. Eine Kommission der Sowjetregierung befindet sich auf dem Wege nach Amerika, um dort über den Kauf der Maschinen zu verhandeln.

In Argentinien ist die Ausfuhr von Körnerfröchten unter der Bedingung gestattet, daß die Höchstpreise eingehalter werden: nämlich 12½ Papierweiss für Weizen (- 11,13 Mk für den Zentner), 18 für Leinsamen (- 16,02 Mk.) und 7 für Hafer (- 6,23 Mk.). Die Umrechnungen sind - Fröchtens-kurse 1 Peso - 1,78 Mk. erfolgt.

wettermäßliches Wetter.

Zur Hochdruck wird durch neue Eödrungen be-reitend. Am Samstag und Sonntag ist teilweise bedecktes und mit vereinzelt niederschlägen veröndertes Wetter zu erwarten.

Vermischtes.

(-) Cognac auf dem Lande. Die Löhne für die Knechte von Mägde auf dem Lande werden immer noch hoch. In Bayern zöht man einem Knecht bis 1000 Mk., einer Mägde bis 700 Mk. im Jahr. Dazu kommen Kost und Wohnung und die sonstigen Zuwendungen!

(-) Ein Diebstahl. Im württ. Oberland wurden eines nach aus einem Diebstahl neben der schloßten Hühner gehalten. Als der Besitzer am anderen Morgen die Hühner bemerkte, lie er zum Schultheiß, um den Diebstahl anzugehen. Dieser ließ ver-suchen, sah in seiner Hühner noch und richtete an der der Bekohnten die Frage, wie ihm überhaupt neun Hühner geföhrt werden können, da er nur drei angeschafft habe.

(-) Die Kongregation der Deutschen Benediktiner war vor den Krieg eine der blühendsten des ganzen Ordens. Sie umfaßte 11 selbständige Klöster. In Deutschland die Erzdiözesen Bamberg, die Abteien Maria Taösch, Reichelsfeld und das Kloster Kempen; in Österreich die Klöster Einsiedeln in Prag und Sedau; in Belgien Maredieu und Löwen; in England Eödrington; in Palästina am Priortat vom Heimgang Maria in Jerusalem. Die 23 Mönche deutscher Herkunft in Eödrington wurden ausgewiesen. Der Kon-vent ist nun aus 8 Priester zusammengeschrumpft. Die be-günstigten Verbindung mit Venedig getrennt. Auch in Prag mußten alle Mönche den Wanderstab ergreifen. Die Bewohner von Maria Heimgang in Jerusalem wurden ebenfalls bis zu einem Vater in ihre Heimat zurückgeschickt. Kom hat die Ver-maltung des Priortats in Jerusalem vorläufig einer anderer Abtei übertrugen.

(-) Verdorbenen Heeresgut. Nach den M. R. R. sind in einem Proviantlager der Mönche einige hundert Zentner Bapier durch langes Papier ranzig geworden, auch größere Mengen von Dörrgemüse und Obst sollen verdorben sein und die Klöster ha-rund 50 000 Flaschen Mineralwasser gesprengt.

(-) Schließungen. In der Brauerei Stroh in S and bei Hahndorf in Unterfranken sind 40 in Franken zusammengekauft Waggens-forderungen Lebensmittel vor ihrer Ausfuhr nach Sachsen, in Würzburg 500 Hektoliter Heeres-Cognac vor ihrer Ausfuhr nach Norddeutschland beschlagnahmt worden.

(-) Eine Regimentskasse gestohlen. Aus dem Rückweg von Rus-land stahl der Oberste Mörcher vom Infanterieregiment in Frei-berg in Sachsen die 20000 Mark enthaltende Regimentskasse, da, wie er zur Entschuldigung anführte, „überall gestohlen werde“. Das Regimentsgeld verurteilte ihn zu 1½ Jahren Geföhrnis. Das Geld wurde wieder erlangt.

(-) Geldföhrung. Durch Fälschungen von Notgeldscheinen sieht sich die Stadt Offenbach a. M. veranlaßt, sämtliche Notgeld-scheine von 5, 10 und 20 Mk. mit sofortiger Wirkung als Zahlungsmittel für ungfähig zu erklären.

(-) Fälscher verurteilt. Der Geschäftsföhrer des Warenhauses Tich in Krefeld wurde vom belgischen Appellationshof in 3 Monaten Geföhrnis und 5000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Fälschungen vorgeföhrt wurden, welche Kämpfe zwischen deutschen Reichsdeutschen und den Gegnern darstellten, bei denen die Feinde nicht be-sonders gut abschnitten. Der Geschäftsföhrer wurde, weil aus-der Haft entlassen, nachdem die Firma Tich 100 000 Mark als Sicherheit gestellt hatte.

(-) Aus Kieder-Hadamar (Hessen-Kassau) meldet das Mit-tagblatt: Der Grenadjierkapitän Kierberg trat am Montag abend am Rathaus zwei amerikanische Soldaten, die er nach ihnen fragte. Er wies sie zurück, als sie keine An-zeugs-papiere vorweisen konnten. Pöhrlich lag der eine Ameri-kaner seinen Armerzeugnissen und gab auf Kierberg mehrere Schüsse ab, die ihn sofort töteten. Dann ergriß er die Knecht. Er wandte sich aber um, schloß abermals und trat in eines eigenen Kammerden, der Wöhrlich verriet zu Boden stürzte. Dann wandte er die Waffe zum dritten Mal gegen die ihn verfolgenden Personen und traf hierbei den 17-jährigen Landwöhr Georg Weiser, Vater von 10 Kindern, tödlich. Ein amerikanischer Offizier nahm am anderen Tag den Totbestand auf.

(-) Zuteilung der Kirchengelöhr. Der ungarische Unterrichts-minister Dr. Kunst hat angedeutet, daß kein Schöhr zum Ver-zuch der Kirche oder zur Verleüht gezwungen werden dürfe.

(-) Des Kaisers Besitz in feony. Zwangsverwertung. Wie das Pariser „Journal Officiel“ mitteilt, sind die Beschlüsse des ehemaligen deutschen Kaisers (in Eöhringen) unter Zwangsver-wertung geföhrt worden.

(-) Dem Schweizer Schöhr. Das herrliche Schöhr am Schwei-zer See, eines der schönsten Schöhrer in Deutschland, ist jetzt von verschiedenen Behörden in Benutzung genommen worden. Die Großherzogliche Familie soll dem Vernehmen nach Ende April oder Anfang Mai aus Dänemark nach Weichlingen zurück-kehren.

(-) Der hiesige Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar beabsichtigt, mit seiner Familie über den Aufenthalt auf seinen Besitzungen in Heilbrunn zu nehmen. Er läßt gegen-wärtig dortselbst eine evangelische Kirche und Schule, sowie einige Wohngebäude errichten.

(-) Stuttgart, 20. März. (Landesversammlung der Soldaten-röhte Württembergs.) Im Gewerkschaftshaus fand gestern die 4. Landesversammlung der S. Röhte Württembergs statt. Ueber die Entlassung vom Militär wurde mitgeteilt, daß vom württ. Konflikt bis zum 1. März insgesamt 6550 Offiziere und rund 7000 Mann entlassen wurden. Eine ganze Reihe von Comp-agnen sei aufgelöst. Die die Sicherhöltskompanien sei l. Uniform die der württ. Gebirgstruppen ohne Abzeichen und sonstige Abzeichen usw. vorgelesen. Aus den in Aussicht ge-nommenen 15 Kompanien seien jetzt 28 geworden, die in die Verbände der bestehenden Infanterieregimenter eingegliedert werden müßten, weil sonst das Reichshöhramt die Kostenübernahme ab-gelehnt hätte. Die einzelnen Kompanien werden in Bataillone zusammengefaßt, die später wieder in Kompanien geteilt werden. In Württemberg voraussichtlich 2, bilden sollen. Aus Stuttgart kommen 4 Bataillone, aus Ulm 2, auf die übrigen größeren Städte, bzw. Bezirke des Landes 1 Bataillon. In den Sicher-höltskompanien kommen voraussichtlich noch hinzu 3 Feldhanden-Batterien und 3 Feldbatterien. Artilleriekompanien Herrmann teilte mit, die Verminderung des Offiziersbestandes sei im Gange. 140 Offiziere seien bereits verabschiedet und weitere 130 werden folgen. Das württ. Heer werde höchstens 10 000 Mann, voraus-sichtlich ausschließlich Freiwillige, umfassen. Nach dem neuen Organisationsentwurf für den Aufbau des württ. Volks-herces“ läßt die oberste Kommandogewalt in Württemberg der Kriegsminister aus im Empornehmen mit dem Landesausföhr der S. R. Württembergs. Bei den höheren Verbänden und allen übrigen Formationen über die Föhrer die Befehlsgewalt im Ein-zelnen mit den zugehörigen S. R. aus. Bei den kleineren Einheiten (Kompanien usw.) wird für je 50 Angehörige ein Vertrauensmann, für jede Einheit von über 100 Militärpersonen ein Soldatenrat gewählt. S. Räte und Vertrauensleute bleiben in Amt, so lange sie das Vertrauen ihres Verbands haben. Dem Kriegsminister steht der aus 17 Mitgliedern sich zu-sammensetzende Landesausföhr der S. Röhte Württembergs zur Seite. Die S. Röhte sind vom militärischen Dienst befreit, haben keine militärischen Vorgesetzten, können nur mit ihrem Ein-verständnis entlassen oder veretzt werden und sind durch ein vom Landesausföhr zu bestimmendes Be-zirkchen kontrolliert. Die Befehle der Föhrerstellen bis zum Bataillonsföhrer ab-wärts ist Sache des Kriegsministers im Einvernehmen mit dem Landesausföhr und dem jeweiligen Garnisonsrat. Untersföhrer und Mannschaften können aus Föhrer werden. Vorgesetzte gibt es nur im Dienst. Ehrenbezeichnungen werden von Föhrern und Unterföhrern nur in die Dienst- und Kameradenhöfen abgegeben durch Auftrag der rechten Hand an die Kommandogewalt. Den Mit-berichten steht das Verzeichnis der Befehlsbefugnisse zu. Straf-mittel sind: 1. Verweis, 2. öffentliche Rüge, 3. Entzug der Zulagen bis zu 10 Tagen, 4. Ausgrenzung bis zu 10 Tagen, 5. gelinder Arrest, 6. Wöhrstrafe. Die hiesigen Rang- und Gradabzeichen können bis zur endgültigen Regelung durch das Reich getragen werden. In den Parzellen soll die Beschäftigung der Offiziere, Herce und Besante die gleiche sein, wie die der Mannschaften. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

(-) Stuttgart, 20. März. (Landesversammlung der A- und B-Röhte.) Gegenwärtig lagen hier im Gewerkschaftshaus die A-Röhte- und B-Röhte Württembergs. In der heutigen Sitzung teilte die Unabhängigen den Antrag, daß ihre Föhrer Rüd, Württemberg, Heide usw. aus der Haft entlassen werden. Die Unabhängigen verurteilten eine sofortige Beschäftigung in dieser Angelegenheit. Die Mehrheit der Versammlung stimmte jedoch dem Antrag nicht zu, worauf die Unabhängigen den Saal ver-ließen, während sie auf der Tribüne und in den Saalenden großes Geschrei und tumultuöser Lärm erhob. Pöhrlich drangen Pöhrer in den Saal ein und verurteilten durch unangeföhrtes Schreien die Fortsetzung der Beratungen. Die A-Röhten wurden von den A-Röhten durch Schimpfwörter und Tätlichkeiten belöhrigt. In einer Ecke des Saals hatte sich eine Schöhrerei entwickelt. Die der Schöhrerei und ähnliche Instrumente angewendet wurden. Nachmittags wurde die Sitzung unter dem Saal einer 50 Mann starken Abteilung des Gebirgsartillerie zu Ende geföhrt. In der Antwort der Regierung auf die verlangte Freilassung ist verurteilten Sporthausföhrer und Aufhebung des Demon-strationsverbots wurde mit allen gegen zwei Stimmen eine Beschäftigung angenommen, worin die Landesversammlung die ab-schließende Haltung der Regierung abschloß. Verlangt wird die sofortige Freilassung des Verurteilten gegen Heide u. Gen. Die Aufhebung des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel. Bezüglich der Einföhrung des Kurverweises hat das Landtagsministerium erklärt, daß es bereit sei, wegen Aus-schreibung des Aufenthaltsverbots bis 30. April das weitere zu veranlassen, daß aber die verlangte völlige Einstellung des Kur-verweises Sache der Reichsregierung sei. Schließlich wurde ein-stimmig ein Antrag angenommen, der die völlige Trennung von Staat und Kirche, Entföhrung des Religionsunterrichts aus dem Schulplan und die Vermittelung der Schule verlangt.

Gerichtssaal.

(-) Stuttgart, 19. März. (Strafkammer.) Der 32 Jahre alte Elektrotechniker Eugen Weisser von hier trat mit 2 w-Fraulein in nähere Beziehungen, wodurch er mit deren 2 w-Fraulein und Wohnungsgemeinschaft bekannt wurde. Er lebte in dem 29 Jahre alten Mechaniker Edward Ritter aus Bannert dem 28 Jahre alten Mechaniker Eugen Schwaender von hier und dem 33 Jahre alten Geometer Alexander Rüd von hier in Verbindung. Weisser löste die beiden Frauen aus ihre Wohnung, um den anderen Gelegenheiten zum Stehlen zu geben. Ritter erbrach mit seiner Ehefrau die Wohnung der Weisser und entwendete eine Menge Seidenstoffe im hohen Wert um-brochte den Kauf in seine Wohnung. Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein großer Teil der gestohlenen Seidenstoffe im Keller und auf dem Dachboden geföhrt. Ritter erhielt 4 Jahre Zöhrstrafe und 10 Jahre Ehrenverlust, Frau Ritter 6 Monate Geföhrnis und 2 Jahre Ehrenverlust, Weisser 1 Jahr 6 Monate Geföhrnis und 5 Jahre Ehrenverlust, Rüd 3 Monate Geföhrnis und 3 Jahre Ehrenverlust. Als des Urteils verurteilt wurde, zog der Angeklagte Weisser, Vater von fünf Kindern, plöhrlich einen Appell an der Tatse und erschoß sich.

(-) Wegen Einbruchs in eine Wöhr in Wöhringen wurde der 21-jährige Koch Friedrich Häberle als Lehr zu 9 Monaten Geföhrnis verurteilt.

(-) Untermacklermarkt. Außer dem Kanalunnel Caldes-Dover ist bekanntlich noch ein anderer großer Unterwasserkanal geöhrnt, der von Lauch, der südlichen Stadt Spaniens, nach Dakar an der afrikanischen Küste führen soll. Dieser Tunnel soll eine Länge von 26 Kilometern haben und würde bei einem Baukosten-betrag von 10 000 Franken für jeden Meter auf 250 Mill. Franken zu stehen kommen. Allerdings würde die Ausbahrung weiterer 100 Millionen erfordern, jedoch mit einem Gesamtaufwand von 20 Mill. Franken zu rechnen wäre. Ein Entschluß wurde mit 80 Kilometer Geschwindigkeit würde der Tunnel in 20 Minuten durchfahren. Wird dann die Bahn Calablanca in Marokko-St. Louis (240 Kilometer) gebaut, so wird man in 18 Tagen von London nach Kapstadt im Eisenbahnwagen reisen können. - Eine ungeschickliche Tunnel wollen die Amerikaner unter dem gewaltigen Andenbau bauen, der Neusee mit dem rechten Fluß verbunden. Auch die Japaner tragen sich mit dem Gedanken eines Unterwasserkanals zwischen Schanghai und Hongkong.

(-) Das Flugzeug im Pröhrhaus. Eine englische Flugzeugfabrik stellt wöhrliche Maschinen zum Preise von 7000 Mk. pro Stück her. Die Maschine wird wöhrlich in einer Stunde um 140 Kilometer zurückgelegt. Unter normalen Umständen kann sie eine Entfernung von 100 Kilometern ohne Landung zurücklegen.

Bekanntmachung.

Die Einbohrerschaft wird auf folgende Weise aufmerksam gemacht:

I. Zur Verhütung von Waldbränden.

§ 308 des Strafgesetzbuchs:

Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, wer vorsätzlich Gebäude, Schiffe, Hütten, Bergwerke, Magazine, Warenvorräte, welche auf dazu bestimmten öffentlichen Plätzen lagern, Vorräte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder von Bau- oder Brennmaterialien, Früchte auf dem Felde, Waldungen oder Torfmoore in Brand setzt, wenn diese Gegenstände entweder fremdes Eigentum oder zwar dem Brandstifter eigentümlich gehören, jedoch ihrer Lage und Beschaffenheit nach geeignet sind, das Feuer einer der in § 306 Nr. 1-3 bezeichneten Räumlichkeiten oder einem der vorstehend bezeichneten fremden Gegenstände mitzuteilen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monate ein.

§ 309 des Strafgesetzbuchs:

Wer durch Fahrlässigkeit einen Brand der in § 306 und 308 bezeichneten Art herbeiführt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mark und, wenn durch den Brand der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnis von 1 Monat bis zu 3 Jahren bestraft.

§ 368 Ziffer 6 des Strafgesetzbuchs:

Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Heiden, oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen Feuer anzündet.

Art. 40 des Forstpolizeigesetzes:

Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer:

1. mit unverwahrtem Feuer oder Licht im Walde betreten wird,
2. im Walde brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt,
3. abgesehen von Fällen des § 368 Ziffer 6 des Strafgesetzbuchs im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben im Freien ohne Erlaubnis der Polizeibehörde Feuer anzündet, oder im Falle der Erlaubnis dasselbe gehörig zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterläßt oder bei Erteilung der Erlaubnis den ihm vorgeschriebenen Bedingungen zuwiderhandelt,
4. wer der Verpflichtung zur Anzeige eines Waldbrandes ohne genügende Entschuldigung nicht nachkommt, oder bei einem Waldbrande der Aufforderung der zuständigen Beamten zur Hilfeleistung nicht entspricht, obwohl er der Aufforderung ohne erheblichen eigenen Nachteil Folge leisten konnte.

Art. 32 des Forstpolizeigesetzes:

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer Waldflächen oder Felder, welche an Waldungen angrenzen, ohne Erlaubnis der Forstpolizeibehörde abbrennt oder den hierauf bezüglichen Anordnungen der Feldpolizeibehörde zuwiderhandelt.

II. Zum Schutz seltener Waldpflanzen, insbesondere der Stechpalme.

Art. 22 des Forstpolizeigesetzes:

Mit Geldstrafe bis zu 10 Mark wird bestraft, wer in fremdem Walde ohne Erlaubnis Kräuter sammelt usw.

Art. 8, Ziffer 4 des Forststrafgesetzes:

Forstdiebstahl im Sinne dieses Gesetzes ist, falls der Wert des Entwendeten 20 Mark nicht übersteigt, der in einem Walde verübte Diebstahl, insbesondere an Holzpflanzungen, Gras, Heide, Moos, Laub, Streuwerk, Raubholzzapfen, Waldamerceien, Baumrasi, Harz, sofern dieselben noch nicht eingesammelt sind.

Art. 16 des Forststrafgesetzes:

Wer vorsätzlich und rechtswidrig in fremdem Walde Erzeugnisse desselben beschädigt oder zerstört, wird, wenn der Betrag des dadurch verursachten oder beabsichtigten Schadens die Summe von 10 Mark nicht übersteigt, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Wildbad, den 20. März 1919.

Stadtschultheißenamt Wägner.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über wirtschaftliche Demobilisierung wurde von dem Staatskommissar für Demobilisierung am 10. März 1919 verfügt:

§ 1.

Die Ausfuhr von:

1. Ackerbohnenstroh,
2. Erbsenstroh,
3. Kleejamenstroh,
4. Mohnstroh,
5. Kleppstroh,
6. Weizenstroh

aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes ist nur mit Genehmigung des Oberamts, in Stuttgart des Stadtschultheißenamts, zulässig. Die Genehmigung wird, soweit das Stroh mit der Eisenbahn ausgeführt wird, durch Abstempelung des Frachtbriefts, im übrigen schriftlich erteilt.

§ 2.

Über Beschwerden wegen Verweigerung der in § 1 bezeichneten Ausfuhrerlaubnis entscheidet die Landesfuttersmittellstelle endgültig.

Im übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus verwiesen.

Wildbad, den 20. März 1919.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Bekanntmachung.

Durch eine Stiftung des verstorbenen Stadtschultheißen Albrecht Heinrich Wägner soll es braven fähigen der unermittelten Volksschule angehörigen Schülern ermöglicht werden, die hiesige Realschule zu besuchen und es sollen zu diesem Zwecke die Zinsen des gestifteten Kapitals in der Weise verwendet werden, daß bedürftigen, von Wildbad gebürtigen Schülern der hiesigen Realschule ohne Unterschied der Konfession und des Geschlechts nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Lehrbücher, Lehrmittel, Schreib- und Zeichenmaterialien angeschafft und verabreicht werden.

Diejenigen Schüler, welche die Wohltat dieser Stiftung in Anspruch nehmen wollen, haben sich bei einem Lehrer der Realschule zu melden.

Wildbad, den 20. März 1919.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Stadtgemeinde Wildbad.

Stammholz-Verkauf

am

Montag, den 31. März 1919, vorm. 10 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad im schriftlichen Aufsteich aus dem Stadtwald 1 Meißtern

Abteilung 6 f Riefenstein

148 St. Normal und Ausschuh forch. Langholz 1.-6. Kl. 209, 20 Fm.

34 St. Normal und Ausschuh forch. Sägholz 1.-2 Kl. 42, 21 Fm.

29 St. Normal und Ausschuh tann. Langholz 1.-6. Kl. 48, 10 Fm.

6 St. Normal und Ausschuh tann. Sägholz 1.-2. Kl. 11, 61 Fm.

Abteilung 6 f Riefenstein.

zwischen dem trummen Weg und Altensteig

19 St. Ausschuh forch. Langholz 1.-4. Kl. 34, 59 Fm.

47 St. Normal und Ausschuh tann. Langholz 1.-6. Kl. 60, 93 Fm.

6 St. Normal und Ausschuh tann. Sägholz 1.-2. Kl. 7, 15 Fm.

Abteilung 3 f Eberhardsteig.

243 St. Normal und Ausschuh forch. Langholz 1.-6. Kl. 300, 27 Fm.

10 St. Normal und Ausschuh forch. Sägholz 1.-2. Kl. 10, 28 Fm.

63 St. Normal und Ausschuh tann. Langholz 3.-4. Kl. 32, 53 Fm.

610 St. 837, 87 Fm.

Die verschlossenen vom Bieter unterzeichneten bedingungslosen, in Ganzen und Zehntelprozenten ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift „Angebote auf forchendes und tanenes Stammholz“ wollen spätestens zu oben g-nannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden. Der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgenden Öffnung können die Bieter anwohnen. Klaffeneinteilung und Tarpreise pro 1919, der Ausschuh ist zu 100 % der Tarpreise angeschlagen.

Wildbad, den 21. März 1919.

Stadtschultheißenamt Wägner.

Bau- Hag- und Hopfen- Stangen Verkauf.

Am Samstag den 22. März 1919 vorm. 11 1/2 Uhr kommen auf dem Rathaus

15 Stück angemeldete Baustrangen I. Kl.

4 Stück angemeldete Hagstrangen I./II. Kl.

28 Stück angemeldete Hopfenstrangen I./II. Kl.

gegen Barzahlung zum Verkauf.

Wildbad, den 21. März 1919.

Stadtpflege.

Suppen-Einlagen.

Auf Lebensmittelkarte Nr. 35 wird abgegeben:

250 gr. Suppen-Einlagen

Wissenschluß Samstag Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Kranken-Nährmittel.

Säuglinge, Kranke und Personen über 65 Jahre erhalten in der Stadtapothek nochmals daselbe Quantum Nährmittel wie zu Anfang des Monats.

Städt. Lebensmittelamt.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

(Im Lebensmittelamt)

Kostenlose Stellenvermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

a.) Männlich:

Kaufleute
Röche
Kellner
Friseur,
Tagelöhner (Kriegsinvaliden)

b.) Weiblich:

Zimmermädchen (in Hotels oder
Servierfräulein (Fremdenheim
Saalstöcher
Wäscherfräulein,
Kassierin
Büch.-Wäsch.- u. Monatsfrauen
Kassierin.

Futtermittel.

Die von den Pferdebesitzer bestellten Futtermittel kommen nächsten

Montag, den 24. März

in der Wagenhalle beim kalhen Brunnen zur Verteilung. Für die Gemeinde Wildbad vormittags 8-12 Uhr

Für die Parzellen nachmittags 2 bis 6 Uhr

Auf 1 Pferd kommt circa

250 Pfund Kleien und Heidemelasse

300 Pfund Strohkrasfütter.

Mauleisel und Pony erhalten die Hälfte.

Säcke sind mitzubringen.

Städt. Futtermittelabgabe



Freiw. Feuerwehr Wildbad.

Am Samstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr findet im Hotel Maish die jährl.

General-Verammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig

Tagesordnung:

Rechenschaftsbericht — Neuwahlen — Verschiedenes.

Anzug, Dienstrock und Mütze.

Das Kommando.

Verammlung.

Am Samstag den 22. März abends halb 8 Uhr findet im Schwarzwald-Hotel eine

Land- und Waldarbeiter-Verammlung

statt, wozu sämtliche Holzhaue des Forstamt Wildbad und Forstamt Meißtern freundlichst eingeladen sind.

Der Einberufer:
Peter Steinbeck.

Wildbad

Zu unserer am
Samstag, den 22. März 1919
im Gasthaus zur alten Linde
stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte abends zu einem Glas Wein höfl. einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Wilhelm Schmid

Marie Schmid

geb. Bürkle.

Deutsche Demokratische Partei

Vorträge.

Der bekannte Abgeordnete und Parteisekretär

Hopf-Stuttgart

wird am Samstag, den 22. März 1919 abds. 8 Uhr im Gasthaus zum Hirsch in Sprollenhans,

über das Thema:

Verfassungsfrager und kommende Gemeindevahlen; am Sonntag, den 23. März 1919 abends 8 Uhr in der Turnhalle in Wildbad

über das Thema:

„Aus den Arbeiten der Landesversammlung, am Neuaufbau des Volksstaates Württemberg“ sprechen. Zu diesen interessanten, auch auf die jüngsten Ereignisse sich beziehenden, ohne Diskussion stattfindenden Vorträgen des gewandten Redners werden Männer und Frauen aller Berufsstände zum Massenbesuch höflichst eingeladen.

Der Ausschuh der deutschen demokratischen Partei.

frisch gewässerte

Stockfische

empfeht

Adolf Blumenhal.



Lieder
kranz
Wildbad.

Begen der morgigen Feuerwehr-Verammlung findet die

Singstunde

heute Freitag abend im Liebertranz-Lokal zur Sonne statt wozu sämtliche Sänge erwartet

Der Vorstand.

Kautschuk-
Stempel

empfeht G. W. Gott.

Harmonium

liefere preiswert franko; auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten 4 stimmig spielen kann
E. Roggenbach,
Obertürkheim

Stuttgarter Geld

und
Pferde Lotterie
Ziehung am 3. Mai 1919
Hauptgewinn 25 000 Mark.
Lose a 2 Mark
erhältlich bei
G. W. Gott.